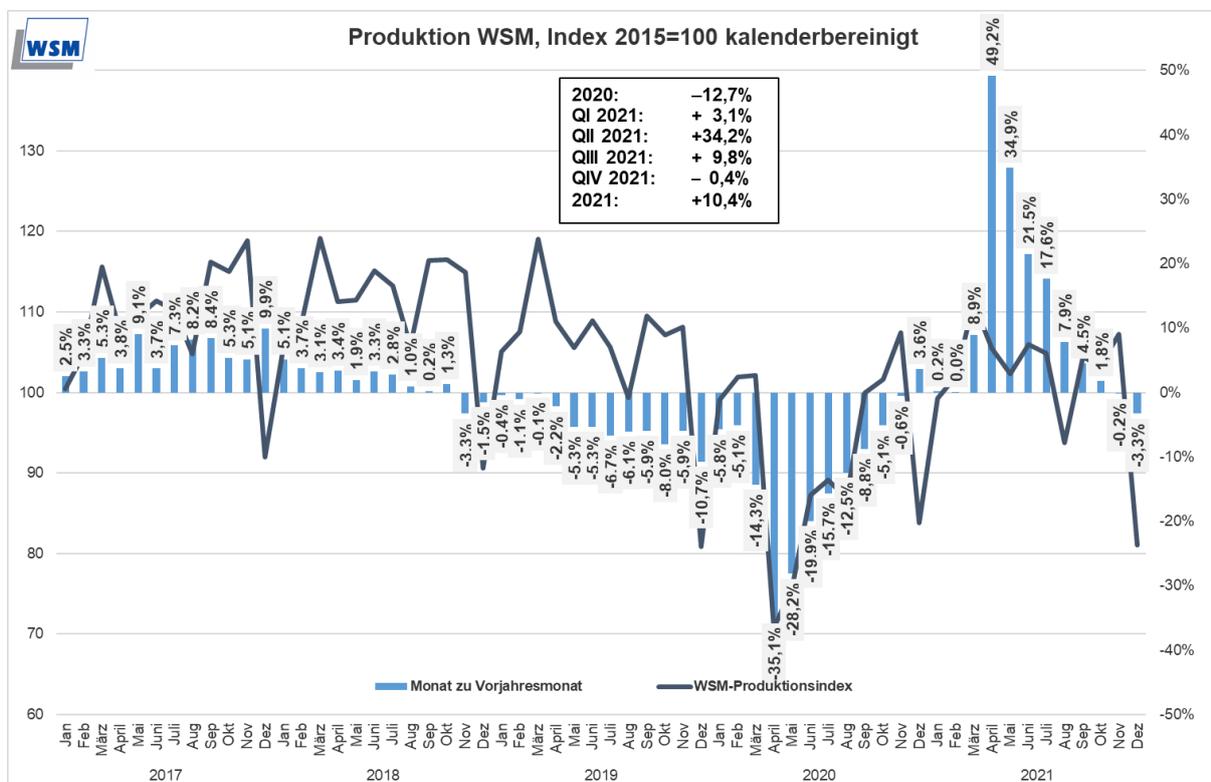




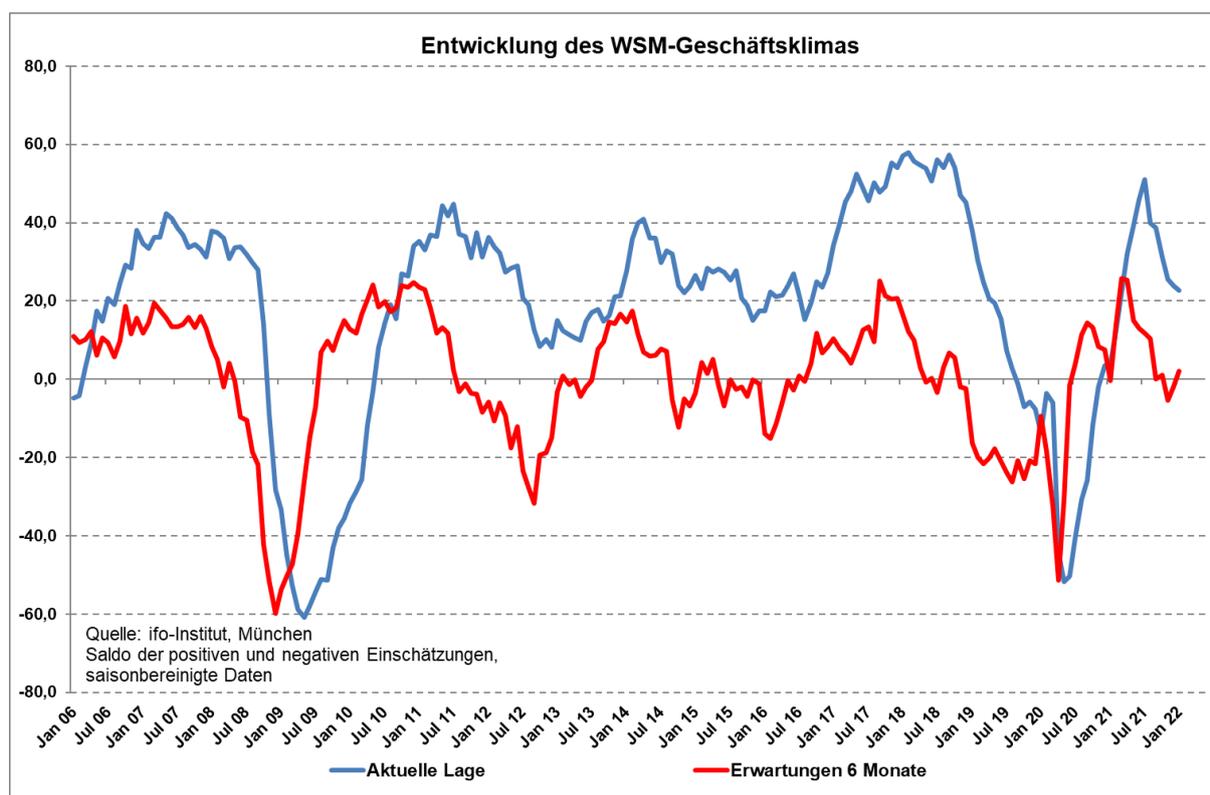
## Produktion im Jahr 2021 zweistellig gewachsen

Trotz erneut extremer Herausforderungen konnten die Stahl und Metall verarbeitenden Betriebe in Deutschland – vorläufigen Daten zufolge – ihre Produktion im Jahr 2021 um 10,4 Prozent steigern. Zum Niveau des Vor-Corona-Jahres 2019 fehlen allerdings weitere 3,5% und zum Produktionswert des Jahres 2018 sogar mehr als 8%. Der Aufholprozess wurde durch die Engpässe in den Lieferketten abgebremst, die Auftragslage und die Kapazitätsauslastung hätten ein höheres Produktionswachstum ermöglicht. Der konjunkturelle Ausblick auf das Jahr 2022 hängt entscheidend von der Überwindung der Materialengpässe in den Kundenbranchen, insbesondere der Automobilindustrie ab. Das Lagebild zu dieser Frage ist bislang divergent mit einer Tendenz zu vorsichtigem Optimismus für die zweite Jahreshälfte.



Quelle: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen und Darstellung

Dementsprechend hellt sich die Stimmung in der Stahl und Metall verarbeitenden Industrie zum Jahresstart etwas auf. Zwar ist die Einschätzung der aktuellen Geschäftslage im Januar etwas skeptischer ausgefallen als im Dezember (- 1,2 Saldenpunkte), der Ausblick auf die kommenden 6 Monate wird aber zuversichtlicher (+ 4,0 Saldenpunkte). Mittelfristig besteht offenbar die Hoffnung, dass sich mit einer Stabilisierung der Material- und Teileversorgung Wachstumschancen bieten. Dies vorausgesetzt könnte im Jahr 2022 erneut ein Produktionszuwachs von 7% erreichbar sein.



In den letzten 4 Monaten des Jahres 2021 sind die Bestellungen aus Deutschland unter das Vorjahresniveau gefallen, im vierten Quartal belief sich der Rückgang auf knapp 5%, dagegen blieben die ausländischen Auftragseingänge noch stabil. Auf Jahressicht verbucht die Branche 10% mehr Bestellungen als 2020.

Für viele Unternehmer der Stahl und Metall verarbeitenden Industrie dürfte die konjunkturelle Entwicklung derzeit jedoch nicht mit höchster Priorität verfolgt werden. Neben den anhaltenden Engpässen in den Lieferketten trüben extrem ansteigende Kosten, insbesondere der Energie- und Logistikkosten aber auch Vormaterialkosten, die Stimmung. Hinzu kommen die Anforderungen der Politik und der Märkte, den Transformationsprozess zu einer CO<sub>2</sub>-neutralen Produktion zu beschleunigen. Die Bundesregierung ist gefordert, diese weitreichenden Anpassungen über sämtliche Wertschöpfungsstufen zu begleiten und die internationale Wettbewerbsfähigkeit des gesamten verarbeitenden Gewerbes zu schützen. Dafür muss sie sich auch auf europäischer Ebene mit Nachdruck einsetzen.